

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Freitag, den 17. Februar 1922

5. Jahrgang

Ein zeitgemäßer Vergleich.

Von Otto Somichor, Warschau.

Das führende Blatt der katholisch-kirchlichen Partei in Polen, der „Kurjer Warszawski“, berichtet in seiner Abendausgabe vom 5. d. M. das zukünftige Verhältnis der griechisch-katholischen Kirche in Polen zum polnischen Staate. Der Aufsatz kommt aus verlässlicher Feder und muß daher als Willensäußerung dieser Partei betrachtet werden. Wir können nicht ohnehin an diesen Ausführungen vorbeigehen, da dieselben in weitgehendem Maße auch auf die evangelische Kirche hier Anwendung finden können.

Wie das oben erwähnte Blatt berichtet, haben die griechisch-katholischen Bischöfe Wladimir-Grodno und Bantsejmon-Biala-Komodo die Unterschrift unter das für die griechisch-katholische Kirche Polens von der polnischen Regierung verfaßte Grundkirchengesetz verweigert. Die Gründe, die sie dazu bewogen haben, sind in einem Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten enthalten und lauten: „Die griechisch-katholische Kirche ist auf synodaler Grundlage aufgebaut. Die oberste, gesetzgebende Gewalt liegt in den Händen der gesamten Versammlung einschließlich der Bischöfe. Sie allein (die Bischöfe) sind nicht zur Unterzeichnung dieses Gesetzes berechtigt. In diesem Zweck muß eine Landesynode einberufen werden.“ — In ihren weiteren Ausführungen weisen sie darauf hin, daß ein von der General-Synode angenommener Gesetz vollständig sein werde und daß man damit rechnen müsse. Am Schluß folgt die Sozialistischerklärung der Bischöfe dem polnischen Staate gegenüber, wobei sie die Verantwortung, als hätten sie unter dem Einfluß der Monarchistenpartei, entschieden zurückweisen. Nebenbei bemerkt der „Kurjer Warszawski“, daß der Verzicht beider Bischöfe gegen den Willen der Episkopats-Georg-Warschau geübt worden ist, aber von hiesigen griechisch-orthodoxen „Kirchenrat“ gebilligt wurde.

Daran schließt das Blatt die Bemerkung, daß die Frage der griechisch-katholischen Kirche in Polen von weitgehender Bedeutung sei, da im Osten des Reiches Millionen Russen leben, die in einzelnen Kreisen bis 80 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden und daher weiter wachsende Ausdehnung. „Die polnische Politik liegt hier klar vor Augen. Sie ist in der Staatsverfassung festgelegt, durch das Staatsinteresse bedingt und in der Tradition gegeben. Unbefristete Religionsfreiheit und väterliche Obhut, also ein Verhältnis, das die Orthodoxen sich hier wohl fühlen können. — Das ist es, was eine vernünftige Staatspolitik von uns verlangt.“

Der „Kurjer“ ist für eine von Moskau unabhängige Kirche, wie es bereits in Rumänien, Bulgarien, Serbien u. a. Staaten der Fall ist, und findet die im Schreiben der Bischöfe enthaltenen Ablehnungsgründe für vollkommen berechtigt. Die Durchsetzung und Annahme des Grundkirchengesetzes an der Landesynode entspricht, abgesehen von gewissen praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung derselben, dem Geiste der kirchlichen Traditionen. Ist auf den Kirchenverträgen der Rechtsgläubigen im Jahre 1918 beschlossen worden und liegt in den demokratischen Einrichtungen der Gegenwart begründet. Daß das Gesetz hierdurch vollständig sein würde, liegt auf der Hand. Mit einem Wort, die orthodoxe Kirche in Polen darf unter keinen Umständen, sei es in traditioneller, vollständig oder demokratischer Hinsicht, hinter anderen Freiheiten zurückbleiben. Die Sozialistischerklärung nennt der „Kurjer Warszawski“ mit Befriedigung fest, daß sich über die polenfeindliche Politik der russischen Weltmacht Polens in der Vergangenheit mit der Hoffnung hinweg, daß es einer dauernden, verständigen polnischen Politik gelingen werde, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Gerade weil Polen diesen Ausgleich herbeizuführen, muß man der orthodoxen Bevölkerung Polens volle Garantie der aus der Staatsverfassung fließenden Religionsfreiheit und Staatsrechte sichern. Das Blatt schließt mit folgenden Worten:

„Wir dürfen nicht warten, bis die russische Bevölkerung von selbst durch den Mund ihrer zukünftigen Sejmvertreter um ihre Rechte einkommt. Es ist unzulässig, daß die künftigen Sejmwahlen der orthodoxen Bevölkerung in den Dmarien im Felde der religiösen Freiheitskämpfe geführt werden.“

Soweit der „Kurjer Warszawski“.

Es gibt aber in der Republik Polen außer der griechisch-orthodoxen auch noch eine evangelische Kirche. Die Zahl ihrer Befürworter reicht man auch nach Millionen. Sie wohnen

hauptsächlich im Westen des Reiches und bilden auch in den Kreisen, aus denen man sie noch nicht gewaltsam vertrieben hat, bis 80 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die evangelische Kirche ist auch auf synodaler Grundlage aufgebaut. Die oberste, gesetzgebende Gewalt dieser Kirche liegt auch in den Händen des Volkes. Der Generalsuperintendent oder das Konsistorium haben auch kein Recht, bindende Verträge mit dem Staate ohne vorherige Beratung oder Verfassung der Landesynode zu schließen oder Unterchriften zu lassen. Ein Grundkirchengesetz, das auf der Synode von Vertretern der gesamten evangelischen Bevölkerung durchberaten und angenommen sein würde, wäre auch vollständig und haltbar. Der Einfluß der evangelischen Kirche auf die Geschichte Polens ist in der Vergangenheit nicht geringer als der der griechisch-katholischen Kirche gewesen, denn ihre eifrige Vertretung hat den Zusammenbruch des polnischen Staatswesens beschleunigt. Die evangelischen Bürger Polens haben nicht seit Oktober vorigen Jahres eine rege Tätigkeit in der Regelung ihres Verhältnisses zum Staate entfaltet, sondern stehen schon seit vielen Jahren im heißen Kampfe um

dieselbe, und es ist vorläufig noch niemand vorhanden, der das Ende dieses Kampfes absehen könnte.

Auf Grund der sachlichen Ausführungen des oben genannten Blattes in bezug auf die griechisch-katholische Kirche in Polen wird jeder vor-eingenommene Mensch fragen: Warum wird die evangelische Kirche in Polen anders als die Orthodoxen behandelt? Ist die evangelische Bevölkerung Polens in bezug auf Glaubens- und Gewissensfreiheit mit der orthodoxen nicht gleichberechtigt? Die Antwort hierauf ist klar: „Die evangelische Kirche in der Republik Polen hat weder einen Bischof Wladimir noch Bantsejmon in ihrer Mitte, der in dieser schweren Schicksalsstunde die moralische Kraft besäße, unsere Kirche einer neuen Zukunft entgegenzuführen. Eine kleine Gruppe auch-Orthodoxer mit dem Herrn Generalsuperintendenten der evangelisch-lutherischen Kirche Kongregations an der Spitze hat gewaltsam und widerrechtlich in Sachen des neuen Kirchengrundgesetzes die Führung der Kirche an sich gerissen und ist dabei unter Anwendung von politischer Gewalttherrschaft die gesamte evangelische Bevölkerung Polens um ihre in

Entspannung in der Ministerkrise.

Warschau, 15. Februar. (A.M.) In der heutigen Sitzung des Ministerrats wurde der Entwurf bezüglich des Wiederaufbaus des Landes, entsprechend dem Wunsche des Ministers für öffentliche Arbeiten Narutowicz, abgeändert. Damit kann die Frage eines Rücktritts als beigelegt gelten.

Die Eröffnung des internationalen Gerichtshofes im Haag.

Haag, 16. Februar. (Pat.) In der gestrigen feierlichen Eröffnung des internationalen Gerichtshofes haben 10 Titularrichter und 3 Stellvertreter teilgenommen. 2 Richter waren im Haag noch nicht eingetroffen. An der Feier beteiligte sich auch die Königin Wilhelmina, der Prinz-Generalmajor und die Königin Mutter sowie das holländische Kabinett.

Die Forderungen der verbündeten Staaten an Deutschland.

Ein Antrag auf Überweisung der Angelegenheit an den Völkerbund.

Paris, 16. Februar. (Pat.) Der Abgeordnete D'Heriot unterbreitete der Deputiertenkammer nachstehende Entschliessung: Die Kammer fordert die Regierung auf, sowohl den verbündeten wie auch den anderen Staaten einen allgemeinen Plan mit dem Vorschlag zu unterbreiten, die Angelegenheit der Forderungen der verbündeten Staaten an Deutschland dem Völkerbunde zu überweisen, u. zw. in der Form, die durch den Versailler Vertrag sowie durch die Beschlüsse der Entschädigungskommission hinsichtlich der Garantieverpflichtungen und der allgemeinen Summe festgelegt wurde. Der Völkerbund müßte eine internationale Institution sein, die die Angelegenheit in nationales Geis, in Umlauf zu bringen, das durch die deutschen Schulden garantiert wäre. Diese Institution müßte auch die Verteilung dieses Geldes unter die interessierten Staaten im Verhältnis zu ihren berechtigten Ansprüchen vornehmen.

Die Entschliessung sieht auch eine Steuer auf die deutsche Ausfuhr vor.

Tschechien revidiert den Versailler Vertrag.

Belgrad, 16. Februar. Im Geiste des abgeschlossenen Handelsvertrages mit Deutschland beschloß die Regierung, in den Beziehungen mit der deutschen Republik Artikel 18 des Versailler Vertrages betr. das Pfandrecht gegen das deutsche Eigentum im Ausland außer Kraft zu setzen. Hierdurch wird das größte Hindernis für die freie Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen beseitigt.

Die Gegenrechnung der Sowjets für Genua.

Moskau, 16. Februar. (Pat.) Die politische Kommission, die das Material für die Konferenz in Genua vorbereitet, stellt gegenwärtig unter

Beitrag Kräfte eine Gegenrechnung auf. Sie berechnet die Frankreich während des Weltkrieges von Rußland geleistete Hilfe sowie die Entschädigungen für die Verluste, die Rußland durch die Ueberfälle Judentums, Kollisions, Brangels sowie durch den Krieg mit Polen verursacht wurden. Außerdem berechnet die Kommission die Vernichtung und den Raub der Fabrik- und Kriegsfabrik im Schwarzen Meer unter Mitwirkung Denikins und Wrangels und mit Unterstützung der Ententevertreter. Die Summe all dieser Rechnungen übersteigt die Vorkriegsschulden des zarischen Rußlands.

Lenin erkrankt.

Moskau, 16. Februar. (Pat.) Hier sind Gerüchte verbreitet, wonach Lenin erkrankt sein soll. Er erklärte, daß in der Durchführung der kommunistischen Grundzüge sowie in der äußeren Politik in letzter Zeit Fehler begangen wurden, die nicht mehr gut zu machen seien. Lenin hat zurzeit seine Amtsgeschäfte als Leiter der Regierung aufgegeben; er wird von Gruba vertreten.

Die Schrecken des Hungers in Rußland.

200 000 Kinder verhungert.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Bis zum 1. Februar sind aus den russischen Hungergebieten gegen 62 000 Kinder abtransportiert worden, etwa 80 000 hatten noch des Abtransportes. Im ganzen waren 338 650 Kinder angemeldet worden. Die übrigen sind vor Hunger gestorben.

Moskau, 16. Febr. Im Verbauchgewerkekreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohhaufen, Pferde, Ragen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehrt sich Raub und Mord. Man kocht Kinder und schlägt sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Konferenz über die Tangerfrage.

London, 16. Februar. Im Unterhause erklärte Ramsay MacDonald, er hoffe, daß binnen kurzem eine Konferenz der britischen, französischen und spanischen Regierung über die Tangerfrage in London abgehalten werde. England sei nach wie vor dafür, Tanger und das angrenzende Gebiet unter internationale Verwaltung zu stellen.

Die Konferenz der österr.-ungarischen Nachfolgestaaten.

Paris, 16. Februar. (Pat.) In der Konferenz der Nachfolgestaaten ist Polen durch Lorek, Smola und Baginski vertreten. Die Sitzung eröffnete der Italiener Ricci. Als Redner traten das Wort die Vertreter Ungarns und Rumaniens sowie Lorek im Namen Polens. Die eigentlichen Arbeiten der Konferenz in den Kommissionsarbeiten am Freitag beginnen, da einige Sachverständige nicht rechtzeitig eintreffen.

der Staatsverfassung verbriefte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu bringen. Das sind, wie Herr Pastor Wladimir im „Evangelischen Wochenblatt“ Nr. 4 vom 22. Januar d. J. über die Politik unserer Christenheit in der Kirche nachdrücklich schreibt: „Deutliche Gotteskennung, schlichte Botschaften. Man geht, die einem ins Gesicht leuchten möchten, wenn man sie fragen würde, wann sie zum 1. Abendmahl gewesen sind, und träre Jünger Jesu — sie reichen sich die Hände, um die Kirche zu bauen, nicht nach Gottes Wort; nicht nach Luther's Lehr, sondern dem „Volkstum“ gemäß, eine „deutsche“ oder eine „polnische“ Kirche.“ Es eilt jedem anständigen Menschen davon, immer wieder und wieder in einem und demselben Thema zurückzukehren; aber wachlich ich sage, wenn Dr. Martin Luther oder der große Freiheitskämpfer der evangelischen Kirche in Polen Nikolaus Rej heute von den Toten auferstünden, so würden sie ganz gewiß 95 Mißverständnisse in der evangelischen angeblich-lutherischen Kirche Kongregations finden und dieselben mit wuchtigen Hammerschlägen an die Tür des heiligen Konsistoriums in Warschau schlagen müssen.

Die orthodoxen Bischöfe, vor die Entschädigungsfrage über das Glaubensbekenntnis in Polen gestellt, antworten offen: „Wir können nur das unterschreiben und halten, was staatsrechtlich und vollständig ist.“ — Nach 2 Jahren politischen Treibens und taktischer Geheimnisthümer zur Entscheidung gebracht, läßt Herr Generalsuperintendent J. Burche aus durch sein Sprachrohr im „Evangelischen Wochenblatt“ vom 7. Januar wissen:

„Die Einberufung einer Abschiedsfeier zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes ist heute nicht mehr zeitgemäß und aus praktischen und geistlichen Gründen unannehmbar. Die Gründe können hier nicht näher besprochen werden. Man muß alles darauf setzen, daß es Gutes werde und dieser Sejm noch annehme.“

Es wäre doch zu fragen, für wen diese Abschiedsfeier unserer Kirche aus dem eigentlich halber für öffentliche Gotteslästerung oder für Schandspinnerei...? Ein gutes Stückchen zum Nachdenken, wenn die Zeit nicht so furchtbar ernst wäre.

Zum Schluß noch ein Wort. Die Politiker vom „Kurjer Warszawski“ überläßt die traurige Verantwortung der russischen Weltmacht durch die Hoffnung, einer vernünftigen polnischen Staatspolitik werde es gelingen, einen Ausgleich zu schaffen, u. zw. durch volle Garantie der aus der Staatsverfassung fließenden Religionsfreiheit. Im „Evangelischen Wochenblatt“ Nr. 6 vom 5. d. M. lesen wir in einem Schreiben des Herrn Pastor J. Burche an einen mißtrauischen Viktor, der ihn um den Zusammenschluß der evangelischen Kirchen Polens ersucht, folgendes:

„Kirchenbund?... In dieser heute in Polen möglich? Sichern uns, die wir als Evangelische in Polen zu unserem Lande trennen, daß wir nicht lieb haben, wohl alle seine Schwächen sehen, dieselben aber tief beklagen und für deren Abhilfe arbeiten — und denen, die durch und durch Deutsch sind, an dem deutschen Reiche mit allen Sympathien ihrer Seele hingehen fühlen und die natürlich über Nacht ihre Gesühle nicht haben ändern können — was doch von ihnen billigerweise auch gar nicht verlangt werden kann — die heute nur Muscheln sind? Würde dies unsere Front — im Kampf mit Rom — nicht vielmehr schwächen? Würde das nicht dazu führen, daß unser Volk und auch in Polen mit Millionen bezogen würde? Ich meine: Nicht jeder Bundesgenosse ist eine Stütze.“

So schreibt ein evangelisch-lutherischer Generalsuperintendent Kongregations in einem evangelischen Wochenblatt über evangelische Glaubensgenossen in anderen polnischen Provinzen. Wie würde er über die Evangelischen Polens schreiben, wenn er Mitarbeiter des „Kurjer Warszawski“ wäre? Es greift uns Lutheranismus gewiß nicht an, solch ein Mann an der Spitze unserer Kirche zu haben. Jeder aufmerksame Leser des „Kurjer Warszawski“ wird aus den Ausführungen über die griechisch-orthodoxe Kirche Polens außer dem Wunsche, einen friedlichen Ausgleich mit dem russischen Volke herbeizuführen, auch den unbegrenzten Willen, das Gespenst einer religiösen Irredenta von den Grenzen des polnischen Landes fernzuhalten, herausgelesen haben. Die Schlagworte der Betrachtung legen davon ein klares Zeugnis ab.

Auf dem Hintergrunde dieser Tatsachen tritt die Rolle des Herrn Generalsuperintendenten Julius Burche in der Frage der Sicherstellung unserer Kirche in Polen mit ansehnlicher Schärfe hervor. Wir werden uns also bei unserem künftigen Verhalten darauf einstellen haben.

Auf dem Scheidewege.

Der Herr Generalsuperintendent hat am 7. d. M. einer Anzahl von Gemeindegliedern den Entwurf zur Bildung einer evangelischen Vereinigung vorgelegt. Obwohl der größte Teil der Versammelten unvorbereitet war, wurden diese sich der Erwarte eines solchen Vorschlages doch halb bewußt und verhalten nicht, hierzu Stellung zu nehmen. Schließlich Redner sprachen sich offen und klar gegen die Gründung einer evangelischen Vereinigung aus und begründeten diese ihre Opposition mit logischen und sachlichen Argumenten, denen selbst der Herr Generalsuperintendent nichts entgegenzusetzen vermochte. Die Zwischenrede der Versammelten und die einmütige Kundgebung am Schluß der Versammlung ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Vorschlag des Herrn Bursche von den versammelten Gemeindegliedern nicht abgelehnt wurde.

Für einen ehrlich denkenden Menschen wäre nur eine Schlußfolgerung aus dieser Niederlage möglich: das Projekt einzupacken und — stillschweigend. Auch wir erwarteten, daß der Herr Generalsuperintendent im Hinblick auf den klar ausgesprochenen Willen der Gemeinde diese Schlußfolgerung ziehen werde, und hielten es nicht für nötig, auf die Sache noch weiter einzugehen. Leider aber hat uns der in der geistigen Nummer der „Neuen Lodzer Zeitung“ erschienene Artikel des Herrn Generalsuperintendenten davon überzeugt, daß unser Tatgefühl keinen Widerhall bei der Gemeinde gefunden hat. Der Herr Generalsuperintendent bleibt bei seinem im Kreise seiner Vertrauten ausgearbeiteten Vorschlag und versucht eine Idee durch das ihm ergebene Blatt zu verbreiten. Angehörige dessen können auch wir nicht schuldlos lassen. Der Artikel des Herrn Generalsuperintendenten bildet eine Herausforderung an unsere Adresse. Wir aber wollen ihm nicht in demselben Tone entgegen, sondern werden darauf nur mit der sachlichen Darlegung unseres Standpunktes in der beherrschten Frage antworten.

In allererster Linie müssen wir darauf hinweisen, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wenn der Herr Generalsuperintendent behauptet, in der „Lodzer Freien Presse“ werde seine Person angegriffen. Es mag dies davon, daß der Herr Pastor S. Bursche seine Person etwas zu hoch einschätzt. Wir haben einerseits zu hohen Begriff von den Aufgaben einer Zeitung, als daß wir uns herablassen könnten, uns mit einzelnen Personen oder solchen zu befassen. Dagegen sind wir verpflichtet, die Wirksamkeit des Oberhirten der evangelischen Gemeinden nach bestem Wissen und Gewissen zu kritisieren und sie allseitig zu beleuchten, denn die Folgen seiner Tätigkeit trägt nicht der Generalsuperintendent, sondern die hiesige evangelische Kirchengemeinde.

Der Herr Generalsuperintendent gibt vor, eine „Evangelische Vereinigung“ gründen zu müssen, um das religiöse Leben zu pflegen, den Frieden in der Kirche aufrechtzuerhalten und der ständig wachsenden Macht der katholischen Kirche eine starke protestantische Organisation entgegenzustellen. Wir sind der Meinung, daß es doch gerade die heftigste Aufgabe der Kirche selbst sei, das religiöse Leben unter den Gemeindegliedern zu pflegen, daß dies doch eigentlich der Zweck ihres Bestehens sei. Ist die Kirche als Vereinigung der Gläubigen nicht im Stande diese Aufgabe zu erfüllen, dann wird eine äußerliche, „Evangelische Vereinigung“ sie nie und nimmer tun können. Es hätte, neben einem toten Körper noch einen zweiten zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus halten wir die Gründung einer „Evangelischen Vereinigung“ für überflüssig, ja für schädlich, da sie nur die Gemeindeglieder von dem innerkirchlichen Leben ablenken könnte.

Die weiteren Begründungen des Herrn Generalsuperintendenten sind nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Wir wollen den Gedanken nicht zurückweisen, daß auch hier in Polen, wie in anderen Ländern, eine Organisation nötig wäre, die die Aufgabe hätte, den Protestantismus vor Übergriffen der katholischen

Kirche zu schützen. Eine solche Organisation aber müßte aus dem Innern der Gemeinde heraus entstehen und dürfte uns nicht vom Hohen Konfessionsrat diktiert werden.

Die bisherige Tätigkeit des Herrn Generalsuperintendenten und des Hohen Konfessionsrats hat in uns die Überzeugung geweckt, daß wir von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten haben. Es ist der überwiegenden Mehrheit der hiesigen Evangelischen vollständig klar, daß der Herr Generalsuperintendent mit seinem Vorhaben etwas anderes beabsichtigt, als er vorgibt. Herr Bursche ist Politiker. Er möchte nun aber gern mit seiner einflussreichen kirchlichen Stellung auch die politische Macht in seinen Händen vereinigen. Dazu gehört aber eine politische Organisation, die ihn über seine Leute in die gesetzgebenden Körperschaften einbringen würde. Das ist der Anlaß, warum der Herr Generalsuperintendent kurz vor den Wahlen zu uns mit dem Projekt der Schaffung einer „Evangelischen Vereinigung“ kommt. Die Religion soll hier als Köder benutzt werden, sie soll zur Bodspeise für die Wahlkandidatur herabgewürdigt werden, gerade so wie das Amt des Generalsuperintendenten zur politischen Agentur entwürdigt wurde. Religion und Politik sind Gegensätze. Es ist ein innerer Widerspruch, von einer politischen Partei zu sprechen, die auf religiöser Grundlage aufgebaut ist. Herr Bursche scheint sich in dem Gedankenkreis der Zeit des dreißigjährigen Krieges zu bewegen, wenn er eine solche absurde Idee fassen konnte. Es zeigt dies von einer vollständigen Verleugnung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Heutzutage sind für die politische Orientierung wirtschaftliche Fragen maßgebend, an denen sich in unserem Vaterlande noch die religiösen Hingebungen. Vom politischen Standpunkt aus müssen die evangelischen Interessen schon aus dem Grunde den Vorrang vor den religiösen genießen, weil ihnen größere Gefahr droht und wir keine offizielle Vertretung unseres Volkstums besitzen, während doch die evangelische Kirche eine solche Vertretung in Gestalt des Konfessionsrats schon besitzt. Diese Bedenken sind es, die uns dazu veranlassen, den Vorschlag des Herrn Generalsuperintendenten abzulehnen. In der Verwirklichung dieses Gedankens sehen wir eine Herabwürdigung unseres evangelisch-christlichen Bekenntnisses zu einem politischen Werkzeug, sehen wir eine Verwirrung der politischen Begriffe und somit eine Gefahr für unser Volkstum. Aus diesen Gründen müssen wir uns ganz energig gegen die neueste politische Intrige des Generalsuperintendenten wenden. Wenn er seine Absichten trotzdem verwirklichen will, so fällt die Verantwortlichkeit für die Folgen, die unsere Kirche daraus entstehen können, voll und ganz auf den Generalsuperintendenten.

Akro.

Lokales.

Lodz, den 17. Februar.

Ein großer Sammel.

Das ist unser Lodz jetzt, nachdem das Ganze weiter die Schnee- und Eisdecken, die sich auf Bürgersteigen und Straßen angesammelt haben, sich auflösen läßt. Man muß in den Mauern der „häßlichen Stadt der Welt“ heimisch sein, um widerspruchlos täglich durch den stinkenden Morast zu waten. Ab und zu geht einem doch die Galle über, wenn man die Gleichgültigkeit sieht mit der diejenigen Stellen den Schmutz hinwegnehmen, die sonst nicht genug Abstrafen finden können, das „polnische Manchester“ zu feiern.

Der gestrige „Głos“ wertet über die „cloaca maxima“ Lodz u. a. nie folgt: „Ein zehntägiger Streik der Hauswörter genügt, damit die arbeitssame und reiche Stadt Polens, die Stadt der 1910 Schornsteine, in der ganzen Größe ihres lohnbringenden Schmutzes vor uns stehe. Der Kol triumphiert in Lodz in seiner ganzen Majestät; er fließt dahin, wälzt sich durch

die Stadt, versetzt überallhin seine Ausbünstungen und zieht wie ein hoher Wärdenträger durch alle Straßen vor die Hofeinstadt und das Regierungskommissariat, vor den Magistrat und das Bezirksgericht; bei der immer wärmer werdenden Sonne des heranahenden Frühlings rauschen die den Senkgruben entspringenden Bächlein und bringen dem Lodzer an jedem Morgen, zu derselben Stunde, immer den gleichen Gruß in Form von stöckigen Stößen entgegen, die unvermeidlich und unwiderstehlich sind wie ein entscheidendes Urteil; wenn unsere städtischen und kommunalen Behörden dem folschschweren Streit zwischen Hausbesitzern und Hauswörtern noch einige Tage lang unartig und gleichgültig mit den Händen in den Taschen zuschauen werden — dann wird es nicht lange mehr dauern, und man wird die Büros und Ämter schließen müssen; weit öfteren dagegen wird man die Türen zu den Krankenhäusern und die Tore, die auf den Friedhöfe führen, denn aus dem Morast der Fäulnis und des Rotes entliehen Krankheiten und Epidemien denen sich weder Reiche noch Arme widerlegen können.

Kinder und Säuglinge werden als erste Opfer fallen; es wird dies die erste Abgabe sein, die Lodz auf dem Altar des Staates und des Vaterlandes niederlegen wird.

Ist denn aber die Lage tatsächlich so hoffnungslos? Nein! Hoffnungslos ist nur die Apathie und die Anfechtung der Leute, die die Macht in Händen haben.

Die weltlichen und geistlichen, die städtischen und städtischen Behörden in Lodz, die über Macht und Geld, über Einfluß und Befehlsgewalt verfügen und die benutzen, das in Schmutz versinkende Lodz zu retten, haben den Kopf verloren und das Steuer aus ihren Händen fahren lassen, als ob sie von den in die Fenster ihrer Amtsstuben eindringenden Dünsten betäubt worden wären.

Und doch ist kein Tag zu verlieren. Die Cholera und der Typhus nähern sich mit Aufschritten den Toren unserer Stadt.

Es müssen sofort Leute aufgefunden werden, den Schmutz zu beseitigen, der bald Sarspäppler überfallen wird, für wohlhabenden und gütigen Exzellenzen! Soweit wir unterrichtet sind, besitzt der Magistrat allein einen genügenden technischen Apparat, um den Ordnung, Gesundheit und Reinheitsgehalt in den Straßen, Plätzen und Häfen der Stadt zu organisieren. So möge er denn so schnell als möglich die Arbeit in Angriff nehmen. Wenn niemand zu diesem Dienst bereit ist, so könnte man ihn doch schärfstenfalls der Abteilung für Instandhaltung des Straßenpflasters anvertrauen; man müßte ihm nur genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Die Straßen müssen in Ordnung gebracht werden; die Höfe müssen von den auf ihnen lagernden Schichten gestorenen menschlichen Rots gereinigt werden; die Stadt muß von der sie bedeckenden Schmutzdecke befreit werden, die infolge der Unfähigkeit der Hauswörter und Hausbesitzer entstanden ist.

Die Hauswörter haben ein Recht, zum Streik zu greifen; wir sind damit einverstanden. Die Hausbesitzer haben ein Recht, gegen ein für sie unangenehmes Gesetz anzukämpfen; auch damit sind wir einverstanden.

Aber auch der Einwohner einer Polmilienstadt, der zweitgrößten Stadt des Reiches, hat doch wohl das Recht zu leben und auf Straßen zu gehen, die nicht überflutet sind und keine Ansteckungsgefahr bieten.

Der zweite Wolga-Abend, der morgen, Sonnabend, den 18. Februar, im Saal des Palasthofs stattfinden, verspricht wieder das gesellschaftliche Ereignis von Lodz zu werden. Viele Hände sind am Werke, den Abend so eindrucksvoll als möglich zu gestalten. Schon das Festprogramm dürfte den verschiedensten Ansprüchen gerecht werden. So sind vorgesehen: Festansprachen, Vorträge der Gesangsvereine „Gloria“ und „Gociele“, Violon-Vorträge des Herrn Prof. Błażak, turnerische Vorführungen des Turnvereins.

ein „Kraft“. Balalaika-Konzert des Polizeiorchesters, 9 stündliche und musikalische Soli, eine reichhaltige Handlotterie, Tanz und viele Ueberraschungen. Beginn des Festes um 8 Uhr abends. Eintrittskarten zu 10.00 und 20.00 M. sind noch zu haben in den Geschäftsstellen der „Lodzer Freien Presse“, Petrikauer 86, und der „Neuen Lodzer Zeitung“, Petrikauer 15, in der Drogerie des Herrn Arno Diehl, Petrikauer 157, und im Sekretariat des Vereins deutschsprechender Katholiken, Główna 18.

Die Danina. Die Aufstellung der Listen der Daninazähler wird eiligst beendet. Bisher haben zwei Steuerämter dem Magistrat die Abgabebücher eingereicht. Auch die Bemessung der Danina der Mieter geht dem Ende entgegen. Nur wenige Hausbesitzer haben die Mieterlisten verspätet eingereicht; sie sind in Strafe genommen worden. Einige Hausbesitzer erhielten die Listen auch zurückgeschickt, da sie fehlerhaft waren. In der kommenden Woche werden die Steuerlisten zur Einnahme ausgelegt werden. Von da ab wird man im Laufe von 14 Tagen das Recht haben, gegen die Bemessung der Steuer Einspruch zu erheben.

Die Schraube ohne Ende. Die Danina steht in allen zur Zahlung verpflichteten Kreisen auf den beständigen Widerstand, namentlich in den Kreisen des Großgrundbesitzes und der Industrie, die zwar große Sachwerte ihr Eigentum nennen, aber nur über geringe Vermögen verfügen, so daß sie nicht wissen, wie sie die oft in viele Millionen gehende Staatsabgabe bezahlen sollen, um weniger, als in den Banken ebenfalls flüssiges Geld nicht zu haben ist. Hinzu kommt noch, daß der Großgrundbesitz seine Millionenforderungen für Spiritus von seinem Annehmer nicht betreiben kann. Ueber das meiste bare Geld verfügt gegenwärtig die mittlere und kleinere Landwirtschaft. Aber auch sie ist nicht gewillt, die auf sie entfallende Danina aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen, sondern ist bereits dabei, durch eine ganz maßlose Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte die Steuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Steuer ist beispielsweise bereits wieder auf 800 M. das Pfund gestiegen, und für ein Ei zahlt man auf dem letzten Wochenmarkt 100 M. und darüber. Das hier gegebene Beispiel findet leider bei den Kaufleuten willige Nachahmer; sie haben in den letzten Tagen mit den Preisen für ihre Waren ebenfalls erheblich in die Höhe gegangen; der hohe Preis wird ausdrücklich damit begründet, daß die Danina auf die Verbraucher abgewälzt werden müsse. Der Leidtragende scheint also tatsächlich der Konsument werden zu sollen.

Die Lage in Handel und Industrie hat sich im Laufe der letzten drei Tage sehr gebessert. Die Rikta ist so gut wie beseitigt. Seit gestern hat auch die Preise der Waren in die Höhe gegangen, bezogen sind auch die fremden Waren teurer geworden. Außer landfremden Einkäufen treffen Kaufleute aus dem Lande selbst in Lodz ein und machen hier ziemlich bedeutende Einkäufe.

Stadtpräsident Niewski, dem übrigens für die Mitwirkung bei der Entwaffnung des Okupationsheeres dieser Tage vom Kriegsministerium das Tapferkeitskreuz verliehen wurde, ist erkrankt. Er wird von Dr. Stupnicki behandelt.

Die Musterung des Jahrganges 1901. Die Wehrmacht hat die Musterung des Jahrganges 1901 angeordnet. Alle im Jahre 1901 geborenen Männer haben sich vom 20. Februar bis zum 4. März d. J. vor der Wehrkommission des Kreisbergamtskommandos (komisja przeglądowa Powiatowych Komend Uzupełnień) einzufinden.

Zur Stellung sind alle diejenigen verpflichtet, die bisher keiner Wehrpflicht unterworfen waren, diejenigen Personen nicht ausgenommen, die laut Art. 61, 62 und 63 des jetzigen Gesetzes vom 27. Oktober 1919 über die allgemeine Wehrpflicht zurückgestellt wurden, sofern diese Zurückstellung infolge Ablaufes des Termins ihre Kraft

übrig bleiben. Was sollte denn sonst aus mir werden?

„Ja, was sollte denn aus Dir werden?“ Der alte Bursche blickte auf den Fußboden nieder, auf den der Freund die von der Bank gestandene Abrechnung hatte fallen lassen. Er beugte sich pustend herab und hob sie auf. Er hielt sie dem Freunde hin.

„Willst Du nicht wenigstens mal nachsehen?“

Aber Viktor Felden machte eine nachlässig abwehrende Handbewegung. „Hat doch keinen Zweck. Meinst Du, ich kann besser rechnen als die? Und wenn sie sich wirklich um zwanzig Pfennig oder um zwei Mark zu meinen Ungunsten verrechnet haben — na, damit war mir doch wenig geholfen.“

„Freilich!“ Der Dicke erhob sich keuchend. „Na, dann will ich zur Kneipe — eigentlich ist mir die Lust vergangen. Du wirst noch weniger in der Stimmung sein.“

„Ich?“ Die blauen Augen des Jüngeren bligten. „Gerade! Du sollst mal sehen, wie vergnügt ich heute sein werde! Es ist das letzte Mal!“

Er sprang auf.

„Ca, ca, geschmauset, laßt uns nicht rappelköpfig sein!“

Wer nicht mit hauset, der bleibt daheim. Edite, bibite, collegiales! Post multa saecula pocula nulla!

(Fortsetzung folgt).

Ein Jahr Amerika.

Roman von Artur Jopp.

(1. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

Auch der andere stimmte ein. „Der Spaß war doch die lumpigen dreihundert Mark wert!“

„Na, — und dann deine Ferienreisen! Einmal bist Du vier Wochen in Paris gewesen. Das Pariser Pflaster ist gewiß nicht billig!“

Ueber das hübsche Gesicht des jungen Studenten huschte ein freudiges, verklärendes Lächeln.

„Du, das war eine herrliche, unvergessliche Zeit. Ach, Paris! Und die schicken Pariserinnen!“

„Na — am Ewig-Weiblichen fehlt's Dir hier doch auch nicht!“

Es war wieder ein halb bewundernder, halb neidvoller Blick, der aus den Augen des bemooften Hauptes zu dem jungen Kommilitonen hinüberflog. Die schlanken, über mittelgroß hinausragende Gestalt in dem modernen Cutaway, die feingeformten Züge mit dem ovalen Kinn und der etwas gebogenen Nase und dem stolt nach oben gewinkelten Schnurrbart, die großen, lebhaft blühenden blauen Augen und das leicht gelockte, blonde Haar unter der kecken Studentenmütze — alle diese Eigenschaften machten ihren glücklichen Besitzer zu einer auffallenden Erscheinung, der überall die Blicke der Mädchen und Frauen folgten.

„Also, was meinst Du,“ wiederholte Viktor Felden seine Frage, „wieweil wird von der Erbschaft noch übrig sein?“

„Mehr als zehntausend gewiß nicht.“

„Zehn —? Nein, mein Lieber, höchstens fünftausend.“

Er riß den Briefumschlag auf einer der Briefseiten auf.

„Na, das wollen wir doch gleich einmal feststellen.“

Die Rote spannender Erwartung schoß ihm ins Gesicht. Mit zuckenden Fingern entfaltete er das Schreiben. Er überflog die zwei Zeilen, die die lange Abrechnungstabelle begleiteten, stieg, verschränkte sich und brach dann plötzlich in ein schallendes Lachen aus.

„Was denn?“ fragte das bemoohte Haupt erstaunt.

Der andere gab ihm statt einer Antwort das Schreiben. Karl Löschhorn las: „Auf Ihre gefällige Anfrage teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Ihr Guthaben 25 Mark 40 Pfennig beträgt. Abrechnung beifolgend.“ — „Na, höre einmal, darüber lachst Du?“

„Freilich!“ Der Leichtsinrige lachte noch immer. Es war kein gezwungenes Lachen, das eine ganz andere Gemütsstimmung verbergen sollte, sondern es klang frisch und frisch, wie nur je bei einem übermütigen Streich, aus unbekümmerten, für alles humoristische empfänglichem Herzen heraus. „Ist es denn nicht furchtbar komisch? Denke doch, Löschhorn, 25 Mark 40 Pfennig! Das ist nun mein ganzes Vermögen! Damit soll ich noch zwei Semester studieren, soll mich vier Jahre als Assessor durchschlagen! Mit 25 Mark!“

Der alte Bursche kraute sich hinter dem Ohr. „Du, zum Lachen finde ich das eigentlich nicht!“

Er betrachtete den Freund, der noch immer ein vergnügtes Gesicht machte, kopfschüttelnd.

„Eigentlich bist Du doch ein furchtbar leichtsinniges Huhn, Felden. In zwei Jahren dreißigtausend Mark — er dehnte die einzelnen Silben und machte eine übertrieben ernste, fast ehrerbietige Miene dazu — „verjuebelt... Doll! Einfach doll!“

Selben sah erkannt in das langgezogene Gesicht des Dicken und wollte sich von neuem ausschütten vor Lachen.

„Na, höre mal! Du willst mir eine Moralpauke halten, Du! Hahaha!“

Karl Löschhorn ereiferte sich. Sein Gesicht war ganz errotet. Die Sache ging ihm offenbar wirklich nahe.

„Was willst Du denn bloß anfangen? Ich habe doch meinen Wechsel, wenn er auch nicht so groß ist. Aber man kann doch davon leben. Aber Du! Deine Eltern sind tot. Wer wird Dir denn nun helfen?“

Viktor Felden zuckte leichtsinnig mit den Schultern.

„Mein Onkel natürlich!“

„Und wenn er nicht will?“

Des anderen hübsches, lächelndes Gesicht wurde plötzlich ernst.

„Du meinst im Ernst?“ Er schüttelte heftig mit dem Kopf. „Ach Unsinn! Warum sollte er nicht wollen? Es wird ihm doch nichts weiter

